



Wigbert Schwenke
CDA-Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir stehen kurz vor einer wichtigen Weichenstellung für Deutschland. Am 24.9. entscheidet sich, ob Deutschland weiter erfolgreich durch eine, von unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel geführte Bundesregierung, durch die nächsten Jahre gesteuert wird. Die derzeitigen Umfragewerte stimmen optimistisch, allerdings darf das kein Ruhekiten sein. Wir müssen weiter bis zum letzten Tag kämpfen, damit am Wahlabend feststeht, dass es keine Regierung ohne die CDU an der Spitze geben kann! Für uns als CDAler ist sehr erfreulich, dass auch wichtige sozialpolitische Themen im CDU-Wahlkampf an erster Stelle genannt werden. Ein Plakat mit dem Slogan „Für gute Arbeit und gute Löhne“ ist ein gutes Signal, dass die Stimme der CDA in der CDU gehört wird, dass die Situation der Arbeitnehmer in Deutschland in der CDU ein wichtiges Thema ist.

Auch auf Landesebene werden soziale Themen zunehmend ernst genommen, obwohl es da sicher noch „Reserven“ gibt.

Auf diesbezügliche mögliche Defizite aufmerksam zu machen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der CDA, muss herausragendes Anliegen auch unseres Landesverbandes hier in Sachsen-Anhalt sein. Dieser Aufgabe stellt sich auch der am 11. März in Oschersleben gewählte Landesvorstand. An dieser Stelle nochmal herzlichen Dank für das mir erneut entgegengebrachte Vertrauen. Ich freue mich als Landesvorsitzender gemeinsam mit meinen beiden Stellvertretern, Prof. Matthias

Ulmer und Ralf John, mit Lydia Dreyer als Schatzmeisterin und Mario Karschunke als Landessozialsekretär und den weiteren Landesvorstandsmitgliedern, die CDA Sachsen-Anhalt durch die nächsten Jahre führen zu dürfen. Wir sind ein starkes Team für die sozialen Themen und die Interessen der Arbeitnehmer in unserem Land!

Es gilt, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und sie wieder mehr in den Fokus der Politik zu rücken. Es ist gerade unsere Aufgabe als CDA, uns hier stark zu machen und unsere Wurzeln aus der christliche Soziallehre in den Vordergrund zu stellen.

Auch im CDA-Bundesvorstand sind wir seit der letzten Bundestagung in Ludwigshafen noch besser vertreten. Wir sind jetzt mit Monika Sturm und Matthias Ulmer als gewählte Beisitzer und mir als Landesvorsitzendem qua Amt mit drei Personen im Bundesvorstand dabei. Ein großer Erfolg für unseren kleinen Landesverband und Anerkennung für unsere Arbeit in den letzten Jahren! Es gibt uns die Möglichkeit auch dort auf die noch immer besonderen Problemlagen in den neuen Bundesländern und die nicht immer einfache Situation mitgliederschwächerer Landesverbände aufmerksam zu machen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind zwar nur ein kleiner Landesverband, aber dafür vor Ort erfreulich präsent. Wir sind selbstverständlich immer am 1. Mai auf den öffentlichen Plätzen dabei und organisieren öffentliche Veranstaltungen. Erst vor wenigen

Tagen fand eine erfolgreiche Veranstaltung zum Thema Pflege u.a. mit unserem CDA-Bundesvorsitzendem Karl-Josef Laumann und der stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden Heike Brehmer statt.

Im zweiten Quartal besuchten Vertreter des CDA-Landesverbandes den Traditionsbetrieb MIFA in Sangerhausen. Zu diesem Zeitpunkt herrschte noch größte Sorge und Ungewissheit hinsichtlich der Zukunft des Unternehmens. Der Betriebsrat war sehr dankbar, dass wir die Situation hinterfragten und die Sorgen der Arbeitnehmer wirklich ernst nehmen. Ein guter Besuch. Inzwischen scheint ja die Zukunft von MIFA gesichert. Wir wünschen dem Unternehmen und seinen Mitarbeitern jedenfalls viel Erfolg für die Zukunft!

Auch in den Kreisen sind wir präsent. Der CDA-Kreisverband Halle leistet seit langem eine kontinuierlich gute Arbeit. Im CDA-Kreisverband Magdeburg organisiert man gerade die nächsten öffentlichen Veranstaltungen, demnächst eine zum Thema KIFÖG. Im Salzlandkreis wurde vor einigen Wochen ein neuer Kreisvorstand gewählt. Herzlichen Glückwunsch an den neuen Kreisvorsitzenden Peter Rotter und seine Mitstreiter und viel Erfolg bei der Arbeit. Außerdem bereiten wir gerade die Neuwahlen für den Harzkreis vor. Es passiert also Einiges bei uns im Land.

Und natürlich freuen wir uns über neue Mitstreiter in der CDA. Mitmachen lohnt sich!

Ich blicke weiterhin optimistisch in die Zukunft und bedanke mich für das große ehrenamtliche Engagement.



Wer Armut bekämpfen will, muss sie auch richtig bestimmen.



Jürgen Scharf
Mitglied im CDA-Landesvorstand

Armut hat es gegeben, seitdem die Menschen so organisiert sind, dass sie unterschiedliche Zugänge zu Ressourcen hatten und wird es wohl immer geben. Auch werden Armut und Reichtum in ihrer Wechselbeziehung und Vieldeutigkeit in vielen Geschichten überliefert. Besonders eindrücklich ist für mich die Geschichte von Laurentius: „Der Überlieferung zufolge war er als Archidiakon von Rom für die Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens und seine Verwendung zu sozialen Zwecken zuständig. Nachdem der römische Kaiser, Valerian Papst Sixtus II. hatte enthaupten lassen, wurde Laurentius ausgepeitscht und aufgefordert, den Kirchenschatz innerhalb von drei Tagen herauszugeben. Daraufhin verteilte Laurentius diesen an die Mitglieder der Gemeinde, versammelte eine Schar von Armen und Kranken, Verkrüppelten, Blinden, Leprösen, Witwen und Waisen und präsentierte sie als „den wahren Schatz der Kirche“ dem Kaiser.“ Auch in Luthers 95 Thesen heißt es in These 43: „Man soll den Christen lehren:

Dem Armen zu geben oder dem Bedürftigen zu leihen ist besser, als Ablass zu kaufen.“

Diese Geschichten setzen voraus, dass offensichtlich ist, wer arm ist. In einem hochdifferenzierten Sozialstaat muss aber auch diese Frage wissenschaftlich bearbeitet werden, weil an der Beantwortung dieser Frage die Zahlung von verschiedensten sozialen Transferleistungen und die Gewährung von weiteren Unterstützungen geknüpft ist, zurecht geknüpft ist. Wie anders sollte staatliche Willkür vermieden werden?

Doch nun möchte ich auf einige gravierende Ungereimtheiten und mögliche Abhilfen derselben eingehen: Die Kontroverse in der Frage wer arm sei, begründet sich zum erheblichem Teil darin, dass man zum Beispiel die Empfänger von Leistungen nach dem SGB II oder XII zählen könnte. Man könnte auch 60 % des Medianeinkommens wählen, wie es im Moment die meisten amtlichen Statistiken tun. Man muss aber wissen, dass es bei diesen relativen Einkommensarmutsmaßen – dazu gehört das Medianeinkommen – um ein Verteilungsmaß geht. Es geht nicht um ein Maß für die Armut, sondern es geht um ein Verteilungsmaß. Denn der Begriff der relativen Einkommensarmut stellt die Beziehung zwischen der individuellen Einkommenshöhe und der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsverteilung dar. Er bezeichnet das Unterschreiten bestimmter Einkommensanteile. Man nennt die-



se die Quantile. Ob als Quantil 10, 20, 30 oder 60 % gewählt wird, wie es gegenwärtig die Regierungen in Bund und Ländern und der EU machen, oder ob es 70 oder 80 % sind, ist vollkommen willkürlich. Je nachdem, wie wir dieses Quantil wählen, bekommen wir ganz unterschiedliche Aussagen. Diese Aussagen gehen dann als „objektiv gemessene Armut“ durch die öffentlichen Medien. Es wird meist nicht dargestellt, dass es um Verteilung und nicht um Armut geht.

Der gewählte Armutsbegriff hat eine weitere gravierende Schwäche: Angenommen, alle Einkommen verdoppeln sich, dann verdoppelt sich auch der Median und die Anzahl der Armen bleibt unverändert. Es ist aber anzunehmen, dass deren materielle Situation sich unter solchen Bedingungen erheblich verbessert hätte. Der offiziell gewählte Armutsbegriff bildet eine solche Entwicklung überhaupt nicht ab.

Deshalb geht es in der Auseinandersetzung um die treffende Definition von Armut in Wahrheit um den Kampf, um die Verteilung von Einkommen, was aber durchaus auch eine wichtige gesellschaftliche Auseinandersetzung ist. Diese sollte aber nicht mit der Dis-

kussion um Armut vermischt werden.

Aber die Forschung ist weiter, als dies die meisten amtlichen Statistiken bisher aufnehmen. Es gibt andere Maße. Der Nobelpreisträger Amartya Sen hat Armut als „die nicht möglichen Verwirklichungschancen“ definiert. Diese Definition ist inzwischen operabel, das heißt, für Messungen und Berechnungen geeignet, und könnte wohl die Armutsdebatte aus ihrer bisherigen Eng- und Irreführung befreien. Wegweisend ist sein Buch „Die Idee der Gerechtigkeit“.

Aber auch der Bundestag hat sich im „Abschlussbericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ mit der Frage beschäftigt, „Wohlstand zu messen“. Im Vorwort der Vorsitzenden heißt es dazu: „Nach welchem Wohlstandsverständnis werden die Menschen im Jahr 2050 leben? Wir wissen es nicht mit Sicherheit. Aber wir haben historische Erfahrungen aus verschiedenen Weltregionen. Betrachtet man die Entwicklung der früh industrialisierten Länder, so zeigt sich zu Beginn der enge Zusammenhang von materiellem Wohlstand und steigender Zufriedenheit der Menschen mit ihren Lebens-

Am 24.09.
CDU wählen!

verhältnissen. Die Geschichte lehrt, dass die dringenden täglichen Sorgen und Nöte, dass Nahrung, Kleider und Unterkunft in den meisten Fällen vorrangig sind. Gleichzeitig zeigt der Blick in Gesellschaften mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen, dass sich Zufriedenheit und materieller Wohlstand ab einem gewissen Schwellenwert entkoppeln. Wohlstand in einem ganzheitlichen Sinn bedeutet für Menschen eben weit mehr als immer mehr materieller Wohlstand. Die Enquete-Kommission schlägt in ihrem Bericht deshalb einen neuen Begriff von Wohlstand und eine neue Wohlstandsmessung vor, die neben dem materiellen Wohlstand auch soziale und ökologische Dimensionen von Wohlstand abbildet.

Damit werden wir nicht nur dem Wohlstandsverständnis der Menschen besser gerecht, sondern stellen auch das Wachstumsparadigma infrage. Rein quantitatives Wirtschaftswachstum führt eben nicht automatisch zu mehr materiellem Wohlstand für alle, mehr sozialer Gerechtigkeit und der Lösung der ökologischen Herausforderungen. Durch die vorgeschlagenen W³-

Wohlstandsindikatoren werden vielmehr die Zielkonflikte, die uns überall begegnen, deutlicher sichtbar: Wird unsere Gesellschaft ungleicher, wenn wir wachsen, oder im Gegenteil gleicher? Erkaufen wir einen Abbau der Staatsverschuldung mit höherer Arbeitslosigkeit oder führt aktive Beschäftigungspolitik zu weniger Verschuldung? Bringt uns die aufwändige Senkung der Treibhausgas-Emissionen Einkommenseinbußen oder bremsen die Folgen des Klimawandels unsere Wachstumschancen? All diese Fragen gilt es auch in Zukunft politisch zu beantworten.

Der große Vorteil des vorgeschlagenen Indikatorensetzes liegt nun genau in der Verdeutlichung dieser Zielkonflikte. Die politischen Akteure müssen dazu Lösungen anbieten. Die neue Wohlstandsmessung zwingt politische Handelnde ihre Entscheidungen besser zu begründen, als dies heute vielfach der Fall ist. Im besten Fall befördert sie eine klarere Kultur der Rechenschaft in der Politik. Ich bin überzeugt, das stärkt auch das Ansehen der repräsentativen Demokratie.“ Es ist für mich enttäuschend, dass offensichtlich auch der



jüngste Bericht der Bundesregierung „Lebenslagen in Deutschland Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ die Arbeit der erwähnten Enquete-Kommission nur zögerlich aufgegriffen hat. Die Verführung, eine der wichtigsten gesellschaftlichen Fragen nicht ideologiefrei behandeln zu wollen und damit zu können, ist wohl doch wieder einmal zu groß gewesen. Freilich bleibt festzuhalten, dass bei aller Auseinandersetzung um den rechten Armutsbegriff Armut nicht „wegdefiniert“ werden darf. Nach meiner Auffassung ist der von Amartya Sen eingeführte Armutsbegriff der „nicht möglichen Verwirklichungschancen“ von hoher Aktualität. Wenden wir ihn zum Beispiel auf das Thema „Bildungsgerechtigkeit“ an, wird sehr schnell klar, dass es nicht hauptsächlich um das verfügbare Einkommen von Elternhäusern, sondern um die „Bildungsferne“ oder „Bildungsnähe“ von Elternhäusern geht. Es muss uns alarmieren, dass es trotz ständig steigender Bildungsausgaben in Deutschland

weiterhin ca. 7,5 Millionen funktionale Analphabeten gibt. Auch lebten 2014 ca. 11 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren unter dem „Risiko eines gering qualifizierten Elternhauses“. Hinter diesen Zahlen scheinen sich strukturelle Mängel unseres Bildungssystems zu verbergen, die gewiss einen weiteren Artikel wert sind.

Kommen wir auf den Anfang des Artikels zurück: Wenn nach Laurentius die Armen „der wahre Schatz der Kirche“ sind, ist das Gewährleisten von Verwirklichungschancen unsere eigentliche Aufgabe für die Zukunft.



**Für ein soziales
und gerechtes
Deutschland.**

Zum Nachdenken...

Die Geldwirtschaft muss der Realwirtschaft dienen

Das Rätsel, was Geld ist, ist offensichtlich immer noch nicht vollständig gelöst. In gewissen Abständen erschüttern Finanzmarktkrisen die Wirtschaften fast aller Länder der Welt. Noch sehr eindrücklich ist uns die Finanzmarktkrise ab 2007 im Bewusstsein. Es drohte ein Absturz der Volkswirtschaften mit unabsehbaren Folgen für das Zusammenleben der Menschen. Internationales und nationales Gegensteuern hat uns vor dem Schlimmsten bewahrt. In Deutschland hat sich die Sozialpartnerschaft bewährt. Viele Betriebe und viele Belegschaften haben in Paketen für Arbeit und Beschäftigung in einer Kombination aus Lohnzurückhaltung und Arbeitsplatzsicherung einen Weg gefunden, durch die Krise zu steuern. Ja, Deutschland steht heute in Wachstum und Beschäftigung so gut da, wie seit vielen Jahren nicht. Und doch lauert weiterhin die Gefahr des jähen Absturzes durch eine neue Finanzmarktkrise.

„Bis Mitte der 90er Jahre betrug das Weltsozialprodukt etwa 25 Billionen US Dollar. Die Summe der „synthetischen Finanzprodukte“, die wir so nennen, weil sie ohne jeden konkreten Zusammenhang mit Gütern oder Dienstleistungen entwickelt und abgewickelt werden, betrug damals rund drei Billionen US Dollar. Zwanzig Jahre später, nach der großen Weltfinanzkrise, beträgt das Weltsozialprodukt etwa 70 Billionen US Dollar, es hat sich in diesen zwanzig Jahren also etwa verdreifacht. Aber das Volumen der Finanzprodukte beträgt weltweit mehr als 600 Billionen US Dollar, es hat sich in dieser Zeit zweihundertfacht und inzwischen

ist die virtuelle Wirtschaft fast 10mal so groß wie die Realwirtschaft. Eine der aus meiner Sicht unvermeidbaren Konsequenzen dieser Entwicklung ist, dass wir die Wiederherstellung staatlicher Aufsicht und staatlicher Zuständigkeit in Wettbewerbszusammenhängen brauchen, die sich längst selbstständig haben und zu einer Akkumulation von Risiken führen, mit denen die Verursacher nachweislich überfordert sind. Über diese Entwicklungen neu nachzudenken ist nicht nur eine Frage an

den Gesetzgeber und an die Wirtschaft. Es ist vor allem auch eine Frage an die Sozialpartner, schon gar bei dem Verständnis einer Staats- und Gesellschaftsordnung, wie wir sie gemeinsam in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben.“

Gewinne an der Börse waren Jahrzehnte lang steuerfrei. Die Begründung lautete, dass sie eher Gewinnen aus Glücksspielen als einem Einkommen entsprechen. (Gewinne aus Glücksspielen werden bis heute in Deutschland nicht versteuert.) Die ersten synthetischen Finanzprodukte entsprangen dem Versicherungsgedanken, dass Änderungen von Marktpreisen, Zinssätzen, Wechselkursen usw. durch eine Art Versicherung abgemildert werden sollten. Dagegen war gewiss nichts einzuwenden. Nun waren die Risiken dieser Versicherungen natürlich selber wieder mit einer

gewissen Unsicherheit behaftet, gegen die man sich wieder durch eine neue Art von Versicherung absichern wollte. Lange Zeit war unklar, welchen Wert man diesen Risiken von versicherten Risiken (...von versicherten Risiken) zu messen sollte.

Ein bedeutender Beitrag in dieser Bewertungsfrage gelang Joseph E. Stiglitz, der für diese Leistung 2001 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt. Der Derivatehandel ist das vermutlich am schnellsten wachsende und sich verändernde Segment des modernen Finanzwesens. Nach Angaben der BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich)

sturz des Systems aufschaukelten. Wären ein Verbot dieser Finanzprodukte und des Hochfrequenzhandels eine Lösung? Wohl nicht. Dieser Weg zurück ist uns versperrt. Es kann auch niemand hoffen, die komplexen Bewertungen von Unternehmen und Finanzprodukten in zunehmender Zeit besser „per Hand“ durchführen zu können, als dieses mit den Methoden der künstlichen Intelligenz gelingt. Aber der Mensch ist und bleibt fehlbar und damit auch alle Methoden, die er sich ausdenkt.

Die Lösung liegt in einer besseren Finanzmarktregulierung. Mit der Schaffung der Europäischen Bankenunion mit einem einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus und einem einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus wurden hoffentlich wirksame Instrumente geschaffen. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die weltweite Besteuerung des Hochfrequenzhandels. Es ist ermutigend, dass sich die Bundesregierung und besonders Finanzminister Schäuble mit Nachdruck hierfür einsetzen. Freilich gibt es offensichtlich zu viele Spieler in der Finanzwirtschaft, die an stärkerer Regulierung nicht interessiert sind, weil sie hoffen, durch Informationsvorsprünge riesige Gewinne erzielen zu können, riesige Gewinne auf Kosten anderer. Dieses Handeln kann ganze Völker in Unglück und Verderben stürzen. Die sozialen und ggf. kriegerischen Folgen liegen auf der Hand.

betrug der Nominalwert aller weltweit ausstehenden OTC-Derivatekontrakte im 2. Halbjahr 2010, 601 Billionen US-Dollar. Im Jahr 2000 waren es 95 Billionen US-Dollar. Börsengehandelte Derivate (Futures und börsengehandelte Optionen) sind entsprechend den Bedingungen der Börsen hochstandardisiert, um einen schnellen und liquiden Handel zu gewährleisten. Sie sind ein bedeutender Bestandteil des Hochfrequenzhandels. Kauf- und Verkaufsentscheidungen werden in Bruchteilen von Sekunden getroffen und vollzogen. Diese erfolgen mit Hilfe automatisierter Verfahren der künstlichen Intelligenz. Aber diese Verfahren beinhalten die bekannten und wohl auch noch unbekannte Risiken, und nicht nur einmal ist es passiert, dass „jemand den Stecker ziehen musste“, weil sich die ablaufenden Algorithmen verheerend zu einem Ab-

Ob es gelingen kann, Realwirtschaft und Finanzwirtschaft wieder näher zueinander zu führen, vermag ich nicht abzuschätzen. Wir alle müssen aber ein hohes Interesse daran haben, dass die Finanzmärkte stärker als bisher reguliert werden. Diese Frage könnte über Krieg und Frieden entscheiden. **Jürgen Scharf**



Aktuell aus dem Landtag berichtet

Wie geht es mit dem Kinderförderungs-gesetz weiter?



Tobias Krull

Nach dem Ende der Sommerpause ist die Debatte zur Reform des Kinderförderungsgesetzes erneut in den öffentlichen Fokus geraten. Grund hierfür war die Präsentation der Vorstellungen der Spitze des zuständigen Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration für die Überarbeitung des Gesetzes. Das bedauerliche und auch zu kritisierende an diesem Vorgehen war die fehlende Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Ministerien und den Koalitionsfraktionen zu diesen Vorschlägen, sowie der Zeitpunkt. Unabhängig davon welche gesetzlichen Verpflichtungen zur Übernahme von

Kosten durch das Land und die Umsetzung des Urteils des Landesverfassungsgerichtes zum 31.12.2017 bestehen, fehlen uns wichtige Daten.

Das zum einen ist Vorlage der umfassenden Ergebnisse der Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes, die eigentlich schon vor der Sommerpause erfolgen sollte und nun erst Ende August erfolgt. Zum anderen muss die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung im Rahmen bei der Organisation der Kinderbetreuung abgewartet werden. Eine Entscheidung ohne die Kenntnis der Datenlage und eines Urteils des höchsten deutschen Gerichts wird es mit der CDU-Landtagsfraktion nicht geben. Daher ist die geplante Zweiteilung des Verfahrens der richtige Schritt. Zum Ende dieses Jahres soll also die Umsetzung des Urteils des Landesverfassungsgerichtes, sowie gegebenenfalls die Übernahme zusätzlicher Kosten durch das Land, als Ausgleich tatsächlich vor Ort entstandener Kosten



im Rahmen der Kinderbetreuung erfolgen. Der zweite Teil, bei dem es um die eigentliche Weiterentwicklung des Kinderförderungsgesetzes gehen soll, wird erfolgen, wenn die oben benannten Informationen bzw. Unterlagen/Urteile vorliegen. Dann kann man auch die inhaltlichen und organisatorischen Fragestellungen, wie zur Verbesserung der Kinder-Fachkraft-Relation, der Dämpfung der Kosten für alle Beteiligten sowie die Besserung, Einbindung der Kommunen beantworten. Natürlich gilt auch hier der Koalitionsvertrag. Alle Partner

haben jetzt die Chance ihre Vorstellungen im Rahmen der anstehenden Verhandlungen einzubringen, um gemeinsam ein nachhaltiges und finanzierbares Gesetz vorzulegen.

Unser Ziel ist es dabei, dass das neue Gesetz dann zum neuen Kindergartenjahr 2018/2019, also zum 01. August 2018, in Kraft tritt. Das macht aber notwendig, dass alle Beteiligten zeitnah und zielorientiert an diesem Prozess mitwirken. Dazu gehört auch eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an dem Verfahren.



Zum Nachdenken...

Rentenanpassung gelungen



Mathias Ulmer,
Mitglied im Bundesvorstand
der CDA

Das Thema Rente hat in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten die Menschen in den neuen Bundesländern beschäftigt. Vieles wurde erreicht, vieles wurde angeglichen. Doch bis jetzt blieb der aktuelle Rentenwert (ein Multiplikationsfaktor bei der Berechnung der gesetzlichen Rente) im Osten niedriger als im Westen. Verlorene Jahre als Folge der rot-grünen

Bundesregierung führten dazu, dass der Aufholprozess im Osten jahrelang zum Erliegen kam. Überall stagnierten die Renten. So blieb das Problem der unterschiedlichen Rentenwerte in Ost und West viel länger als erwartet bestehen. Allerdings haben wir als ostdeutsche Arbeitnehmervertreter aus guten Gründen nicht darauf gedrängt, die Unterschiede zwischen Ost und West aufzuheben. Denn keiner bestreitet, dass bei gleichen Arbeitsentgelten der Ostdeutsche eine deutlich höhere Rente bezieht als sein westdeutscher Kollege. Dies liegt an dem Höherwertungs faktor. Dieser andere Multiplikationsfaktor bewirkt, dass alle ostdeutschen Arbeitsentgelte in der gesetzlichen Rente höher bewertet werden (z.B. für das Jahr 2016 rund 15 %). Dies beseitigt nicht nur die Nachteile des niedrigeren aktuellen Rentenwerts, sondern führt im Ergebnis dazu, dass bei gleichem

Arbeitsentgelt der Ostdeutsche, trotz des noch rund 5 % niedrigeren Rentenwerts, eine höhere Rente bekommt (aktuell ca. 10 %). Wer behauptet, das aktuelle Rentenrecht stelle den ostdeutschen Rentner schlechter, führt einen Kampf gegen die Grundrechenarten. Richtig ist sicherlich, dass der Durchschnitt der Arbeitsentgelte im Osten unter dem des Westens liegt. Allerdings gilt dies auch für viele westdeutsche Bundesländer. Die Unterschiede zwischen den ärmsten Neuen Bundesland im Osten und dem ärmsten Alten Bundesland sind zudem geringer als die Unterschiede zwischen dem Schleswig-Holstein und Hamburg. Zudem fragt sich, warum in der Rentenversicherung nach Ländergrenzen differenziert werden sollte. Ein Arbeitnehmer, der in Oldenburg oder Gelsenkirchen im Mindestlohn arbeitet, hat nichts davon, dass in Wolfsburg oder Düsseldorf Spitzengehälter gezahlt werden. Sein Kollege in Sachsen-Anhalt erhält für die

gleiche Tätigkeit und das gleiche Gehalt 10 % mehr in der Rentenversicherung. Dieses Privileg der Höherwertung war auf Dauer nicht mehr zu halten. Er wird nun zukünftig in sieben Schritten bis zum Jahr 2025 angeglichen. Es ist aber eine Entscheidung im Sinne der Ostdeutschen, dass dies langsam geht. Denn wir gewinnen mathematisch eindeutig. Zugleich wird der Rentenwert ebenso schrittweise, dem des Westens angeglichen. Dies bedeutet deutlich mehr Geld für alle ostdeutschen Rentner. Das freut uns als Arbeitnehmervertreter. Wichtig ist, dass es gelungen ist, die Höherwertung für die Vergangenheit dauerhaft zu sichern. Dies bedeutet, dass ein Ostdeutscher bei gleichem Lohn mindestens 17 % mehr Rente erhalten wird, so dass das niedrige Lohnniveau im Osten nicht zu niedrigen Renten führt. Wir glauben, dies ist ein gutes Verhandlungsergebnis der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten der CDU.

Mindestrente

Die CDA und auch die CDU sehen voll und ganz hinter dem Grundsatz, dass derjenige, der ein Leben lang mit Vollzeit gearbeitet hat, im Alter eine auskömmliche Rente oberhalb des Sozialhilfeniveaus zu erhalten hat. Allerdings hat sich die tatsächliche Umsetzung dieses Grundsatzes als sehr schwierig erwiesen. Fakt ist, dass die gesetzliche Rentenversicherung keine Daten darüber sammelt, ob jemand in Vollzeit oder in Teilzeit beschäftigt ist. Es besteht auch das Gerechtigkeitsproblem, dass unterschiedliche Lebensleistungen unterschiedlich bewertet werden. Die tatsächlich höhere

Beitragszahlung eines Durchschnittsverdieners darf nicht einfach durch eine entsprechende Höherwertung von niedrigeren Arbeitsentgelten vollständig ausgeglichen werden. Andernfalls würde sich der Durchschnittsverdiener zu Recht fragen, warum seine über 50.000 € höhere Beitragsleistung verpufft. Wir als CDA sind auch im Wahlkampf zu ehrlich, um eine große Rentenerhöhung für alle zu versprechen. Wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren. Aber das werden wir auch tun! Wir werden weiter darauf drängen, dass dieses Problem nicht in Vergessenheit gerät, sondern im Sinne der hart arbeitenden Menschen endlich gelöst wird. Sichere und auskömmliche Renten

sind am ehesten gewährleistet, wenn eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung ungebrochene Erwerbsbiografien ermöglicht. Langjährige, lückenlose Berufstätigkeit bei möglichst guter, tariflicher Entlohnung sind der beste Schutz gegen Altersarmut. Wichtige Voraussetzungen sind daher:

- Die Förderung einer Arbeitskultur, die durch Prävention und Rehabilitation langjährige Erwerbsfähigkeit stärkt.
- Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben.
- Die potenzialerschließende Integration von (möglichst gut qualifizierten und zu qualifizierenden) Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

- Weiterbildung und lebenslanges Lernen.
- Die Stärkung der Tarifbindung.

Zu den gerechten Renten gehört unbedingt eine auskömmliche Rente bei Erwerbsminderung. Hier haben wir die massiven Kürzungen von Rot-Grün seit der Regierungsübernahme von Angela Merkel mit wechselnden Koalitionspartnern schrittweise rückgängig gemacht. Auch die in der laufenden Wahlperiode erfolgten Verbesserungen gehen in die richtige Richtung. Wir werden uns aber auch zukünftig für weitere spürbare Verbesserungen des Erwerbsminderungsschutzes einsetzen.

Mathias Ulmer

Berichte aus den CDA-Kreisverbänden

Demographie

Wir müssen darauf achten, dass der Preis des Alterns unserer Bevölkerung auf möglichst viele Generationen verteilt wird. Private Vorsorge wird für eine gute Rente wichtig bleiben. Aber es besteht kein Grund zur Panikmache, die in seltener Eintracht von ganz links und ganz rechts betrieben wird. Obwohl seit Jahren

die Zahl der Rentner zunimmt, sinken die Renten nicht. Nach allen Prognosen wächst die Wirtschaft weiter; die Arbeitsproduktivität nimmt weiter zu. Dies setzt aber eine vernünftige Wirtschaftspolitik voraus. Dann können sich Arbeitnehmer auch in Zukunft für den Lohn von einer Stunde Arbeit immer mehr leisten; dann werden sich auch die Renten real weiter erhöhen.

Dies entschärft nicht nur die Frage nach der Zukunft der Alterssicherung, sondern auch die nach der ihr zu Grunde liegenden Generationensolidarität und Gerechtigkeit.

Ein sinkendes Rentenniveau bedeutet nicht, dass die Renten gekürzt werden! Dies hat die CDU sofort nach der Ablösung von Rot-Grün ausdrücklich verboten. Die Jahre 2016 und 2017 mit

Rentensteigerungen um fast 6% und 3,6% zeigen klar in die richtige Richtung – und auch, wie wichtig die gute Wirtschaftspolitik der, von Angela Merkel geführten Bundesregierung, auch für die Rentner ist. Die Untergangspropheten haben nicht recht gehabt. Die Renten können so auch langfristig gesichert werden.

Mathias Ulmer

Die CDA vor Ort



Für ein soziales
und gerechtes
Deutschland.



Peter Rotter neuer Vorsitzender der CDA KV Salzland



HEIKE BREHMER – Für UNS in den Bundestag!

HEIKE BREHMER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
FÜR HARZ UND SALZLAND

**„Meine Maxime:
Wirtschaftlich und Sozial handeln“**

